

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 24 (1983)
Heft: 19

Artikel: Mit "Gewaltlosigkeit" zum Sozialismus
Autor: Steinacher, Jürg L.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093584>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Jürg L. Steinacher: Eine Lieblingsparole der Friedenskämpfer – und ihre eigentliche Bedeutung

Mit «Gewaltlosigkeit» zum Sozialismus

Neomarxisten und orthodoxe Kommunisten verfolgen ideologisch verschiedene Wege und Ziele. In der Friedensbewegung haben sie sich im Zeichen der «gewaltlosen Aktionen» zu einem taktischen Bündnis zusammengeschlossen. Nützen tut dies vor allem den Plänen der Sowjetunion.

Im propagandistischen Waffenarsenal der 68er Revolutionäre ist manches verstaubt und das meiste längst aus der Mode gekommen.

Ein Bündel von Schlagworten taucht aber bei aussen- und innenpolitischer Gelegenheit immer wieder auf, präsentiert sich taufersch und macht sich im Polit-Palaver so wichtig, als wär's der Weisheit letzter Schluss. Gemeint sind die Formulierungen «gewaltfreie Aktion und Konfliktlösung», «Gewaltlosigkeit», «soziale Verteidigung» oder «Wehrpolitik ohne Waffen».

Synode 72

im neomarxistischen Schlepptau

Innenpolitischen Wirbel verursachte das Thema «gewaltfreie Konfliktlösung» erstmals 1972, als anlässlich der katholischen Synode in der Schweiz ein Entwurf knapp abgelehnt wurde, der empfahl, «sich schon heute dafür einzusetzen, dass unser Land in die Lage kommt, auf die bewaffnete Verteidigung seines Territoriums verzichten zu können, und dies zugunsten einer gewaltlosen Verteidigung» (zitiert nach dem Tonbandprotokoll).

Abgesehen von der beispiellosen Einfalt dieses Papiers, das nur die bewaffnete Verteidigung, nicht aber die militärische Aggression zum Gegenstand nahm, merkten wohl die wenigsten Synodalen, welches neomarxistische Kuckucksei der katholischen Kirche in der Schweiz mit dem Ausdruck der «gewaltlosen Verteidigung» untergeschoben werden sollte.

Verwirrung bei bürgerlichen Politikern

Anlässlich einer Nationalratsdebatte 1976 über die erste Zivildienstinitiative (die sog. «Münchensteiner Initiative») kam es durch Zwängerei linker Politiker, die die Wehrdienstverweigerung

über religiöse und ethische Gründe hinaus auch auf politische Motive ausdehnen wollten, zu einer unüberbrückbaren Frontstellung im Rat. Einen scheinbaren Ausweg in dieser Situation fanden dann die beiden bürgerlichen Politiker Gion Condrau (CVP) und Peter Dürrenmatt (liberal) mit dem Begriff der «Gewaltlosigkeit». Daran sollte das Gewissen der Wehrdienstverweigerung fortan geprüft werden – und der Nationalrat stimmte dem mit 96 gegen 86 Stimmen zu.

Es ist auch in diesem Fall davon auszugehen, dass weder die Nationalräte Condrau und Dürrenmatt noch die Mehrheit ihrer Kollegen wussten, worauf die Theorie der «Gewaltlosigkeit» – so wie sie seit 15 Jahren in den politischen Sprachgebrauch übergegangen war – zielt.

Friedensbewegung unter dem Banner der «Gewaltlosigkeit»

Seit Anfang der 80er Jahre propagieren die Friedensbewegten die «gewaltlose Aktion» – und beruhigen mit dieser Formulierung vorab einmal das Rechtsgewissen der Mitläufer. Sie trainieren «Gewaltlosigkeit» für innenpolitische Konfliktlösungen und setzen sich für eine «soziale Verteidigung» und «Wehrpolitik ohne Waffen» ein, die gegen Aggressionen von aussen wirksam sein sollen.

Sozialistische Revolutionsstrategie

Die neomarxistischen Schlagworte haben also wieder eine Renaissance – und damit werden auch die revolutionären Theorien aktualisiert, die dahinter stecken.

Diese neomarxistischen Theorien gehen von der Behauptung aus, dass die innenpolitischen Verhältnisse in den Demokratien von einem «negativen Frieden» geprägt seien. Die Bevölkerung sei

einer «strukturellen Gewalt» ausgeliefert. Diese Gewalt werde durch den Staat, den Arbeitgeber, die Wirtschaft, das Militär, die technischen Abläufe usw. ausgeübt. Diese Gewalt sei es aber auch, die die Herrschaftsverhältnisse auf allen Ebenen des gesellschaftlichen, staatlichen und zwischenstaatlichen Lebens zementiere.

«Strukturelle Gewalt» und damit die gegebenen Herrschaftsverhältnisse müssten durch «gewaltlose Aktionen» zerbrochen werden. Erst wenn das geschehen sei, herrsche ein «positiver Frieden» – und das bedeute soviel wie der Zustand «absoluter sozialer Gerechtigkeit» und damit soviel wie «egalitärer Sozialismus».

Die Theorie und Praxis der «Gewaltlosigkeit» ist demnach nichts anderes als eine Strategie, in den Demokratien sozialistische Systeme nach neomarxistischen Zielvorstellungen aufzubauen.

«Konflikte dramatisieren!»

Das bestätigen die Theoretiker der «Gewaltlosigkeit» auch ganz offen. So meint etwa Theodor Ebert, einer der prominentesten Vertreter dieser sog. «Kritischen Friedensforschung»: «Der Motor der (sozialistischen) Entwicklung ist aber die neue Verhaltensweise, mit gewaltfreien, direkten Aktionen Konflikte zu dramatisieren und auszutragen...» (Ebert: «Wehrpolitik ohne Waffen», S. 16).

Kommunistische Parteien auf «gewaltlosem» Kurs

Im Hinblick auf die Friedensbewegung gewinnt eine Äusserung des zweiten wichtigen Ideologen dieser Richtung, Johan Galtung, eine besondere Bedeutung: «Für mich ist der Sozialismus mit seiner Kritik der strukturellen Gewalt der eine Flügel der Friedensforschung, während der andere Flügel der Pazifismus ist, mit seiner Kritik der offenen, persönlichen Gewalt. Wenn die Friedensforschung eine Ideologie hat, dann besteht diese in dem Versuch, Sozialismus und Pazifismus miteinander zu verbinden.» (Ebert, a. a. O., S. 14)

Sollte diese Verbindung gelingen, wäre das halbwegs die Art von «sozialistischem Frieden», den die Sowjetunion anstrebt.

So kann es denn auch nicht verwundern, dass alle traditionellen KPs in Westeuropa diese neomarxistische Revolutionsstrategie aus taktischen Gründen übernommen haben und für die Anti-Nato-Demonstrationen «gewaltfreie Aktionen» fordern. Das hat allerdings noch einen anderen Grund: Denn nur wenn es nicht zu gewalttätigen Auseinandersetzungen kommt, können die Kommunisten ihr Konzept verwirklichen, das auf propagandawirksame Massendemonstrationen hin angelegt ist. Diese kommen aber nur unter Einbezug bürgerlicher und unpolitischer Mitläufer zustande. Gerade dieses «Demonstrationspersonal» würde aber auch am meisten durch Randallieren und Gewalt abgeschreckt.

Kein absoluter Gewaltverzicht

Am Rande dieser Demonstrationen und vor allem bei kleineren Aktionen wird es aber mit Sicherheit trotzdem zu Gewalttätigkeiten kom-

men, denn «Gewaltlosigkeit» wird von ihren neomarxistischen Ideologen durchaus extensiv verstanden. Das war schon 1976 anlässlich der erwähnten Auseinandersetzung um die «Münchensteiner Initiative» der Fall. Damals erklärte der Präsident des Initiativkomitees, Lorenz Häfliger: «... Das Bekenntnis zur Gewaltlosigkeit ist ein Entscheid, der theoretisch und rational gefällt wird... Man kann ja bei keinem Menschen einen absoluten Gewaltverzicht voraussetzen...»

Der Gewaltverzicht eines Zivildienstkandidaten wird deshalb nicht unbedingt weniger glaubwürdig, wenn er einmal bei einer Demonstration im Affekt einen Ziegelstein geworfen hat.» («National-Zeitung», Basel, 9. 10. 1976)

Neomarxistische Strategie nützt den Sowjets

Diese Auffassung gilt heute in viel stärkerem Ausmass: Bereits wird überall im Hinblick auf die kommenden Demonstrationen das «Widerstandsrecht» gegen demokratische Institutionen diskutiert und propagiert.

«Gewaltlosigkeit», «soziale Verteidigung» und «gewaltfreie Aktionen» sind deshalb nicht nur Elemente einer sozialistischen Revolutionsstrategie, sondern Möglichkeiten, beliebige Konflikte einzuleiten und auf subtile Weise zu eskalieren.

Darum stimmt es nur teilweise, wenn Rüdiger Altmann in einer Analyse für die «Frankfurter Allgemeine Zeitung» (10.9.1983) zum Schluss kommt, dass die Friedensbewegung ihre Anhänger «nicht mit einem Programm, sondern mit Konflikten» mobilisiere.

Die neomarxistischen Ideologen der Bewegung haben ein Programm: Durch den Konflikt um den Frieden unsere Gesellschaft einen weiteren Schritt dem Sozialismus entgegenzuführen.

Wenn dabei gleichzeitig auch die Nachrüstung der Nato-Staaten verhindert werden kann, ist das für die orthodoxen, moskagesteuerten Kommunisten um so erfreulicher. ■

Falsche Behauptung

Die «kritische Friedensforschung» versucht in ihren Propagandaschriften den Nachweis zu erbringen, dass durch Gewaltverzicht der Frieden gesichert werden könne. Diese These wurde seit Jahren schlüssig widerlegt. Eine der neuesten Studien zu diesem Thema ist vom Schweiz. Ost-Institut in der Schriftenreihe «Tatsachen und Meinungen», Band 49, veröffentlicht worden:

Friedenssicherung durch Gewaltverzicht?

Eine kritische Überprüfung alternativer Verteidigungskonzepte

Autor ist der Zürcher Politologe Professor Daniel Frei.



Sowjetisches Lachen über Menschenrechte. Nur im Westen veröffentlicht werden konnte diese Karikatur des sowjetischen Künstlers Wjatscheslaw Syssojew, den man in seiner Heimat verfolgt. In der UdSSR ist schon oft genug der blosse Besitz von Menschenrechtsdokumenten (z. B. die UNO-Charta) als Delikt geahndet worden. Unterdrückt wird die freie Meinungsäusserung nicht zuletzt über den Frieden: Was nicht geboten ist, das ist verboten.

Friedenskampfgerecht

Ein Professor Horn von Cambridge schrieb an die «Literaturnaja gaseta» in Moskau seine Überlegungen zur Friedensbewegung (LG vom 17. 8. 1983, S. 10). Unter anderem mahnt er sanft, im Westen hätten manche den Eindruck, die sowjetischen Friedenskämpfer würden von oben gelenkt, seien ein gefügiges Werkzeug der Sowjetregierung.

Ein Akademiemitglied, Primakow, Erster Stellvertretender Vorsitzender des Sowjetischen Komitees zur Friedensverteidigung, weist in derselben LG-Ausgabe derlei unverständige Unterstellungen zurück:

«Wenn im Westen ein Kampf gegen die Regierungen stattfindet, die aktiv eine Politik der Vorbereitung auf einen neuen Krieg verfolgen, so beinhaltet in der UdSSR die Friedensbewegung nicht den Kampf gegen die Politik der Regierung, kann ihn nicht beinhalten.

Und das nicht deswegen, weil die Friedensbewegung in der UdSSR eine Verlängerung von deren Regierung wäre, sondern deswegen, weil die Sowjetführung in ihrer Tätigkeit die wahren Sehnsüchte der sowjetischen Völker, deren Willen widerspiegelt. Und unter diesen Umständen wäre es unsinnig, von der sowjetischen Öffentlichkeit zu erwarten, dass sie gegen die Sowjetregierung auf trete, bloss aus dem Grunde, dass die Verfechter des Friedens im Westen gezwungen sind, eben diese Kampfform zu wählen.»

(Zudem würden ja auch nicht alle Friedenskämpfer im Westen ihre Regierungen aufs Korn nehmen: in Finnland, Schweden, Griechenland etwa unterstützten sie Regierungsbeschlüsse gegen die atomare Gefahr.)

Kurz: In der Sowjetunion ist die ganze Bevölkerung genau gleich friedlich wie die Regierung. Sagt ein Akademiemitglied.

*

Ein anderes Akademiemitglied, von dem man etliches anders hörte, ist von dieser selben Regie-

rung schon vor Jahren nach Gorki in die Isolation verschickt worden: damit nicht ein Anderssprechender die friedliebende Harmonie störe...

«Leider» war ja Professor Sacharow längst nicht der einzige Störenfried. Das Menschenrechtsbulletin von Cronid Lubarsky berichtet laufend darüber, wie die Behörden mit Verhaftungen, Lagerstrafen, Einschüchterung gegen Sowjetbürger vorgehen, die im Rahmen der Moskauer «Vertrauensbildungsgruppe» (zwischen den USA und der UdSSR) für den Frieden werben.

Man las, dass das aktive Gruppenmitglied Alexander Schatrawka in seiner Lagerhaft am 19. August in einen dreiwöchigen Hungerstreik trat; er war am 24. April 1983 zu drei Jahren, sein Mitverbrecher Wladimir Mischtschenko zu einem Jahr Freiheitsentzug verurteilt worden, weil sie 1982 in Sibirien Unterschriften unter eine Abrüstungspetition gesammelt hatten. Die mehreren Dutzend Unterzeichner zogen unter dem Druck der Behörden ihre Unterschriften nach der Verhaftung von Schatrawka und Mischtschenko im Juli 1982 – mit einer Ausnahme – zurück...

Oder: In einem Prozess vom 2. bis 10. August wurde in Riga die 58jährige Lidija Doronina zu fünf Jahren Lagerhaft (bei strengem Regime) und drei Jahren Verbannung verurteilt. Die Anklage lautete u. a. auf «Aufbewahrung und Verbreitung von Dokumenten pazifistischer Gruppen, darunter der Moskauer Vertrauensbildungsgruppe»...

Deren Mitglieder nur schon dafür mehrmals verhaftet wurden, dass sie der britischen Vertretung in Moskau einen Protest gegen die Pazifistenbehandlung in London überreichen und Anfang Monat Frau Thatchers Antwort entgegennehmen wollten...

Die Sowjetregierung allein kennt die wahren Sehnsüchte ihrer Untertanen und bringt ihnen diese Kenntnis nötigenfalls im Arbeitslager bei.

HTD